



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für nationalsozialistische Politik

Ämtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow. — Parteiämliches Kreisorgan der N.S.D.A.P.

Bestellungen werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 RM. zuzüglich Postgebühren. Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen werden im Verlage: Berlin W 35, Lühnowstr. 87, bei unseren Nebenstellen im Kreise und allen Einzelannahmestellen angenommen. Die sechsgepaltenen Millimeterzeile oder deren Rahn kostet 8 Pfennig, die dreizehnpaltenen Millimeterzeile im Reklametitel des Blattes 0,28 Reichsmark. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühnowstr. 87. Fernruf: Gammeln-Str. B 2 Lühnow 0871. Postfachkonto: Berlin Nr. 24919.

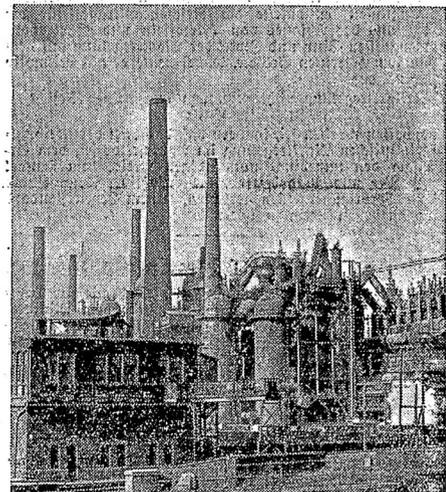
Teltower Kreistagung der NSDAP.

Sämtliche Ortsgruppen- und Stützpunktleiter sowie Amts- und Abteilungsleiter der Kreisleitung der NSDAP. im Kreishaus in der Viktoriastraße in Berlin

Der alte prächtige Kampfgeist

In den früheren Kreistagungsjahren des Kreishauses Teltow in der Viktoriastraße in Berlin hatte der Kreisleiter der NSDAP. des Kreises Teltow, Hg. Wilhelm Neubold, die sämtlichen Ortsgruppen-, Stützpunkt- und Abteilungsleiter des Kreises zu einer Arbeitstagung befohlen, die von dem alten prächtigen Kampfgeist der Bewegung erfüllt war. In einer eindringlichen Rede vermahnte Kreisleiter Wilhelm Neubold alle Anwesenden, von neuem auf den großen Ernst der Situation gegenüber dem Führer und der Bewegung, besonders im Hinblick auf die Macht von Kräften, die dem großen und genialen Wert des Führers oftmals hindernd im Wege stehen. Kreisleiter Neubold nannte u. a. den Kommunismus, der hier und da unter mangelhafter Tarnung Sabotage treiben will. Die Machtmittel des Staates und die Kampfmittel der Partei haben noch immer alle Verfüge der Zerstörung durch Moskauer Sendlinge bereit und werden sie auch in Zukunft vereiteln. Viel gefährlicher ist die unterirdische Wirkkraft gewisser reaktionärer Elemente, da diese vielfach über ein besseres Bildungsmäßiges Mittelzeug verfügen, als die kommunistischen Hege- und Saboteure. Die reaktionäre Wirkkraft, die nur zu häufig mit einem unerschütterlichen und gemeingefährlichen Denunziantentum Hand in Hand geht, muß aufs schärfste bekämpft werden. Mit besonderer Aufmerksamkeit wies Hg. Neubold auf den Aufruf unseres Gauleiters Wilhelm Kube zur Offenheit gegen das Denunziantentum und die Eintrichtung von Beschwörungswellen gegen Verleumder von Parteigenossen. Der einhellige Befehl sämtlicher Anwesenden gab kund, mit welcher inneren Befriedigung der Gegenstoß unseres Gauleiters wider die Dredowfische verpöhlte Reaktionäre, Freimaurer, Marxisten, Juden und ähnlicher Zeitgenossen aufgenommen wurde. Am aber der gesamten Anwesenheit der Reaktion auch in aller Offenheit den Kampf anzufügen, gab Kreisleiter Neubold Kenntnis von einem Befehl einer zweimonatlichen Versammlungswelle wider alle Denunzianten, Verleumder, Wiesmänner, Weckerer und wie das Geschick alles heißt. Mit der Durchführung der Versammlungswelle im Kreis ist Kreisführungsleiter Hg. Friedrich Sellwig und Kreispropagandaleiter Alfred Kaeding beauftragt. Unter den Kräften, die vielfach dem Wert des Führers hindernd entgegenstehen, bezeichnet Kreisleiter Neubold auch die Bürokratie. In ersten Worten mahnte Hg. Neubold darauf aufmerksam, daß der Nationalsozialismus nicht gewillt ist, Widerstände der Bürokratie zu ertragen, am allerwenigsten von einer solchen, die sich aus der roten Zeit in die Gegenwart gerettet habe. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache des Kreisleiters hielt Kreisführungsleiter Hg. Friedrich Sellwig einen herzerfröhlichen Vortrag über die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. Da hörte man keine langatmigen Zahlen — nur das, was an Ziffernmateriale nötig war —, sondern eine lebensvolle Darstellung der Wirtschaft am Hand einer tatsächlichen Kurvenlinie der Arbeitslosigkeit. Mit Stolz und Freude sah hier der Nationalsozialist, wie Kraftvoll und genial der Führer das Problem der Arbeitslosigkeit am Ende und wie er die Kurve, die unter einem Schleier die Höhe von 7,4 Millionen Arbeitslosen erreicht hatte, niederwarf bis auf 2,2 Millionen der heutigen Tages. Aber es gibt keinen Stillstand und keine Gegenstände. Die Schritte werden immer, da auch der letzte Volksgenosse in Lohn und Brot sein wird und das Recht auf Arbeit einem jeden gesichert ist. Im Gegensatz zu der einsgarigen, von rüchiger Energie erfüllten Leistung des nationalsozialistischen Deutschland zeichnete Hg. Dr. Sellwig die Arbeitsnot und Krisensituation in anderen Ländern. Es waren geradezu erhebende Augenblicke, aus dem Munde des Hg. Dr. Sellwig zu hören, wie richtungweisend unser Führer in diesen Fragen der Politik und Wirtschaft in der Welt ist wie man trotz Bonifortage und Verleumdungen heimtückischer und böser Gegner des Nationalsozialismus auf Deutschland schaut und die Frage stellt: Wie begreift man dort den Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung, die mit Hilfe des deutschen Erbengeldes zum Segen der deutschen Wirtschaft durchgeföhrt werden können: Synthetischer Gummi, Kunstseidenstoffe, neuer Kupfererz, Treibstoffe und vieles andere mehr. Schon wird man im Ausland hellhörig, ja von Sorge erfüllt, wie man seine Produkte los werden soll, wenn Deutschland hochwertige Erzeugnisse schafft. Selbe Siegeszuversicht rief auch

dieser Vortrag hervor, obwohl Hg. Sellwig nicht unterließ, auf den Ernst der Widerstände von Reaktion und Bürokratie hinzuweisen. Gerade die letztere mußte der Redner durch einige Beispiele treffend zu charakterisieren. Der hier in Betracht kommende eiserne Befehl wird gewiß früher oder später zur Anwendung gelangen. Auch Hg. Sellwig erntete für seinen Vortrag starken Beifall. Auf Hg. Sellwig folgte Gauamtsleiter der Arbeitsfront Schumann. Dieser Redner gab eine Uebersicht von den Arbeitsverhältnissen im Kreise Teltow, in dem 26 000 Volksgenossen der Deutschen Arbeitsfront angehören. Viele soziale Ungleichheiten, ja Ungerechtigkeiten bedürfen noch der Wendung zum Besseren und Guten. An der Hand von Beispielen wies der Redner nach, wie eingegriffen werden muß. Aus der Zustimmung und dem Beifall, die Hg. Schumann fand, war zu entnehmen, daß Kreisleitung und sämtliche Ortsgruppenleiter stets helfend eingreifen werden. Der bisherige Kreisführungsleiter Müller-Neuhaus, der in einen neuen Wirkungskreis der Partei berufen wurde, gab ein anschauliches Bild von der Schulungsarbeit in der Bewegung und der Notwendigkeit, diese Arbeit energisch durchzuführen. Kreisgeschäftsführer Hg. Mentberger erörterte sodann eine Reihe parteigeschäftlicher Fragen. Zum Schluß der Tagung erlangte aus begeistertem Munde das vom Kreisleiter Hg. Neubold ausgebrachte Siegeswort auf den Führer. Neugeföhrt und geföhrt für den weiteren Kampf, der getragen ist von dem unbeeuglichen Siegeswillen der Bewegung, verließen nach Abschluß einer internen Besprechungswelle durch den Kreisleiter die Mitglieder der NSDAP. des Kreises Teltow das Kreishaus in der Viktoriastraße in Berlin.



Saarland — Industriegebiet Ein Blick in das Köhling-Werk zu Saarbrücken, eines der vielen vorbildlichen Industriegebiete des Saargebietes.

Wer beunruhigt das Saarland?

Die Abstimmungs-Kommission im Saargebiet hat eine Bekanntmachung erlassen, in der sie hervorhebt, daß es hinsichtlich der Abstimmung „dreier Volksgenossen gleichberechtigter Parteien“ geben, von denen keine als bevorzugt und ebenbürtig als minderwertig anzusehen sei. Zu ihrem großen Bedauern habe die Kommission jedoch festgestellt müssen, daß in politischen Versammlungen sowie in der Presse leider die eine oder andere der genannten Parteien in ihrer Gleichberechtigung angegriffen worden sei. In einzelnen Fällen sei man auch gegen politische Gegner mit fieseln Druck und Drohungen vorgegangen, daß es berechtigt scheine, von politischem Terror zu sprechen. Die Kommission sieht sich gezwungen, in Zukunft eine solche Haltung, die nach der geltenden Gesetzgebung unzulässig ist, dem zuständigen Staatsanwalt zur Kenntnis zu bringen. Zu diesem Erlaß der Abstimmungskommission ist darauf hinzuweisen, daß beunruhigend immer wieder der Wunsch laut geworden ist, den Abstimmungskampf in ruhiger und gemäßigter Form abzuwickeln, da in der saarbesetzten Bevölkerung weber die Meinung noch die Veranlassung besteht, den Kampf um die gesicherte deutsche Abstimmung mit unnötiger Schärfe zu betreiben. Durch die von der Regierungskommission widerspruchlos gebildete Gemischungslandfriedens- und nicht abstimmberechtigter Elemente wurde der Abstimmungskampf erst in ein Stadium gebracht, das die Abstimmungskommission zu vorstehender Warnung veranlassen konnte. Es sei hier nur auf das unverantwortliche Treiben der Arbeitskommission hingewiesen, die wochenlang im Sinne ihrer separa-

tistischen Geldgeber im Saargebiet ihr Unwesen trieb und in der Welt einen Verleumdungskrieg gegen die deutsche Sache an der Saar entfesselte. Eine Verhinderung im Abstimmungskampf an der Saar würde sofort eintreten, wenn man sich endlich zu einer Entföhnung der ohne jede innere Berechtigung in die saarbesetzte Abstimmung eingreifenden Emigranten entschließen würde. Damit würde der Verwirklichung des Wunsches der Abstimmungs-Kommission auf eine reibungslose Abwicklung des Abstimmungskampfes am wirksamsten Rechnung getragen werden.

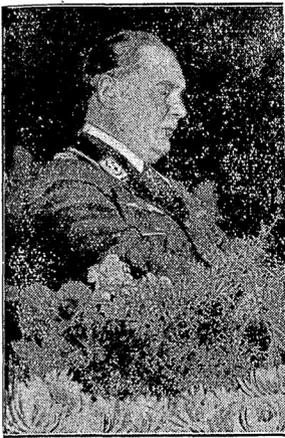
Verluste der Minderheiten infolge des Terrors.

Das Ergebnis der städtischen Gemeindevahlen. Romm. Mit Ausnahme der städtischen Hauptstadt liegt jetzt das Ergebnis der am 9. und 10. November in 31 städtischen Städten durchgeföhrtten Wahlen zu den Selbstverwaltungen vor. Von insgesamt 348 gewählten Stadtverordneten entfallen 117 (33,6 v. H.) Sitze auf die Minderheiten gegenüber 45 v. H. bei den Wahlen vor drei Jahren, und zwar auf die Juden 104, auf die Polen 8 und auf die Deutschen 5 Sitze. Da sich überall zur Zeit in Italien eine starke antientenliche Einstellung bemerkbar macht, verloren diesmal die Juden 22 Sitze. Die Deutschen verloren 3, die Polen 3 und die Russen einen Sitz. Die Verluste der Minderheiten dürften sich sowohl aus dem derzeitigen Wahlsystem als auch aus der Tatsache erklären, daß die Wahpropaganda durch den Kriegszustand nahezu völlig unterbunden war.

Rechtssicherheit Grundlage der Volksgemeinschaft

Ministerpräsident General Göring vor der Akademie für deutsches Recht

Fünfte Vollziehung der Akademie

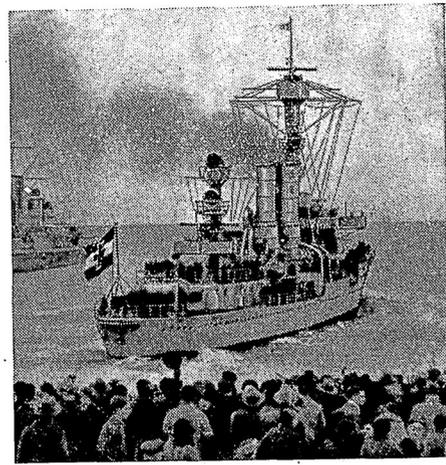


Göring am Rednerpult.

Zu festlich geschmückten großen Sitzungsstuden des Berliner Nationalsozialistischen Reichsausschusses fand die fünfte Vollziehung der Akademie für deutsches Recht statt, die eine besondere, über die deutsche Grenze hinausreichende politische Bedeutung durch die damit verbundene Saarlandgebung und die große Rede des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring über die Rechtssicherheit als Grundlage der Volksgemeinschaft erhielt.

Rechtsjustizkommissar Dr. Frank, konnte in seiner Begrüßungsansprache u. a. außer dem preussischen Ministerpräsidenten noch den Reichsaussenminister Grafen Schwerin-Krosigk begrüßen, ferner viele bedeutende Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Der Reichsjustizkommissar führte dann u. a. aus: Die Akademie für deutsches Recht ist das stolze Instrument des stolzen Reichswillens des Nationalsozialismus und damit ein Instrument des Friedenswillens unseres Führers. Möge die Welt überzeugt sein, daß der Nationalsozialismus vor der Geschichte bestehen will als Garant einer menschheitsfortschrittlichen Rechtsgefühnung, und möge man aus diesem ehernen und fundamentalen, aber auch unabhängigen Überzeugungsdrang unserer Nation zum ewigen Recht unseres Volkes verstehen, daß auch in diesem Augenblick unser aller Gedanken in unseren Brüdern an der Saar gewirbelt sind. Denn das Recht Deutschlands auf die Saar ist das unabhängige, von keinem Vertrag, von keiner Machtanwendung zu erschütternde ewige Naturrecht wie das der Mutter auf ihr Kind.

Dann nahm der preussische Ministerpräsident, Reichsminister General Göring, mit herzlichem Beifall begrüßt, das Wort zu dem Thema „Die Rechtssicherheit als Grundlage der Volksgemeinschaft“.



„Zeigt der Welt, daß ihr wieder stolz darauf seid, Deutsche zu sein!“

Mit diesen Worten entließ der Führer und Reichskanzler den Schulkreuzer „Emden“, der jetzt von Wilhelmshaven aus seine achtmonatige Auslandsreise antart. (Wirts der Kreuzer „Leipzig“.)

Die Rede des Ministerpräsidenten Göring

Der Nationalsozialismus hat vom ersten Tage der Machtübernahme an den Rechtscharakter seines Staates betont und für veraltet und unzulänglich die neue Gesetzgebung geschaffen. Wir haben nicht mit einer papierernen Verfassung begonnen, als wir zur Macht kamen, wie der Weimarer Staat, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als vorkriegsrechtliche Theorien in Papier umzusetzen. Wir haben vielmehr die drängenden Fragen des Volkslebens durch Gesetze zu lösen versucht und haben dabei gegen einen gewaltigen Teil des unbrauchbaren Rechtsbestandes durch nationalsozialistisches Rechtsgut ersetzt.

Das vollkommenste Gesetz, der beste Wille, die vortrefflichste Organisation werden es nicht hindern können, daß Fälle vorkommen, in denen dem einzelnen nicht sein Recht wird. Untragbar aber ist es für jede gesunde, natürliche Volksgemeinschaft, wenn der einzelne anfängliche Volksgenosse das Gefühl haben müßte, er sei gegen gewisse Angriffe schutzlos.

Die vergangene Epoche erkannte vor allem keine ausreichenden Möglichkeiten zum Schutze der Ehre an. Gewiß war alles anders geschützt. Jeder Übergriff kapitalistischer Art konnte einen Rechtsschutz finden, die Ehre des einzelnen aber, sie fand keinen Schutz. Darum ist heute auch der Rechtsschutz der Ehre ein wichtiger Bestandteil der Rechtssicherheit, denn er setzt alles andere voraus. Die Ordnung dieses Staates ist begründet auf einem unerschütterlichen Glauben zu dieser Staatsidee, auf Treue und Vertrauen. Es gibt aber kein Vertrauen der Gefolgschaft, wenn nicht jeder einzelne da draußen im Lande weiß, daß der Führer durch die berufenen Organe unablässig bemüht ist, seinen ständig lebendigen Anspruch auf Gerechtigkeit, auf Verwirklichung des Rechtes und Gesetzes zu erfüllen. Es kann nicht in Betracht kommen, daß der nationalsozialistische Staat seine Organe, seine Machtmittel einsetzt, um den in seinem Tun zu schütten, der etwas begehrt und erstrebt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist. Der Hauseigentümer, der unbarbarisch und strupplos arme Volksgenossen um Nichtigkeiten willen obdachlos macht, hat den Schutz des Staates in diesem seinen Treiben verwirkt, denn er verstoßt gegen die Grundgesetze der Volksgemeinschaft, selbst wenn er in seinem Tun den Schein eines Gesetzesparagrafen für sich hat.

Seine Sicherheit liege in der willkürlichen Entscheidungsgewalt Unbefugter. Solche Zustände müssen rückwärtslos beseitigt werden. Ebenso untragbar ist es, daß ein Volksgenosse um deswillen Nachteile für sich und seine Familie bestreiten müßte, weil er auf gesetzliche Weise, sein gutes, ehrliches Recht sucht und geltend macht. Es geht auch nicht an, daß jemand ein Amt, eine Führerstelle im Staate ungekämpft dazu benutzen kann, das Recht unseres nationalsozialistischen Staates und damit den Willen des Führers zu verletzen und dadurch den ihm unterworfenen Volksgenossen Unrecht zuzufügen. Vor allem aber ist es unzulässig, daß ein Teil der Volksgenossen vor dem Gesetz eine bevorzugte Stellung genießt.

Sie wissen, auf welchen geradezu unerhörten, menschlich einfach unverhältnismäßigen Fall ich anspiele, und ich verzichere Sie, daß ich wie hier auch in Zukunft mit unerbittlicher Härte, soweit die Dinge mich angehen, durchgreifen werde. Ich lehne es ab, mich schützend vor soziale Ausbeuter und Wucherer zu stellen, denn für sie ist kein Raum in unserer Volksgemeinschaft. Der Staat hat seine Gesetze geschaffen, um das Leben der Volksgemeinschaft zu gewährleisten und nicht zu dem Zwecke, denen Schutz und Hilfe in ihrem Tun zu geben, deren Ziel es ist, den Staat und die durch ihn verkörperte Volksgemeinschaft zu unterhöheln und zu vernichten. Schon früher, als man das Rechtsempfinden bereits stärker in seiner Verfallung auf heute, gab es so etwas, was man die Macht genannt hat. Man achtete gewisse Elemente, man machte sie vogelfrei und stellte sie damit außerhalb des Rechtes und des Gesetzes. Unsere Vorfahren erklärten solche Staatsfeinde für friedlos, das Mittelalter erklärte sie in diesem Rechtsgebanten in dem von uns geschaffenen Ausbürgerungsparagrafen in allerdings humaner Form, aber in allen kernhaften Sinne wieder Gestalt gegeben. Das Recht muß immer blut- und gehaltvoll in lebendiger Verbindung mit dem Volke stehen und aus dem Volke heraus geboren werden.

Das moralische Recht ist das ewige Recht. Meine Herren Juristen, wir haben gesehen, wie gerade im Privatrecht unerhörte Rechtsbrüche vorgekommen sind. Gehen Sie in das Volk hinaus und fragen Sie, ob das heutige Privatrecht, das als kapitalistischer Einkulten heraus geworden ist, nicht den schwachen Kleinen schütz, sondern dem Ausbeuter das Recht zusichert. Dieses Gesetz wird niemals vom Volke verstanden, das Volk sieht vielmehr beipfeifend oft solchen Rechtsbrüchen gegenüber. Das Volk kann nicht verstehen, wenn aus irgendeinem alten Schmöder etwas ausgesagt wird, was man zu freieren verstehen hat und so ein Recht geschaffen wird, das dieses Unrecht hat. Ein gebundenes und klares Recht muß von dem einzelnen eigentlich selbst vertreten werden können, zur Vertretung des wahrhaftigen Rechtes bedarf es eigentlich nicht des Anwalts. Mag der Anwalt für viele andere notwendig sein, aber jeder Volksgenosse muß das Gefühl haben: nicht durch die besondere Schwachheit des Anwalts bin ich vor Gericht geschützt, sondern durch mein Recht, mit dem ich vor dem Richter stehe. (Sechster Beifall.) Und, meine Herren, welch trauriges Kapitel stellt das heutige Rechtsleben zum Teil noch dar. Wenn wir auch hier wieder auf das Privatrecht übergehen, wo jeder einzelne weiß, daß man ja nur nicht gewinnen, wenn ich über das notwendige Paragrafen dazu verfüge.

Wenn irgend etwas unentgeltlich sein müßte, dann ist es die Vertretung des wahrhaftigen Rechtes der Volksgemeinschaft. (Beifall.)

Meine Herren, hatten Sie mir nicht entgegen: dann hätten wir ja eine Flut von Prozessen ohnegleichen. Ich bin der Meinung, daß sich eine solche schreckliche Gefahr abwenden ließe, wenn Sie den, der einen Prozeß schiedsünftig anfängt, mit Strafe belegen. Sie werden damit daselbe aber geachtet erreichen als nach dem bisherigen Verfahren. (Beifall.) Es hoffe ich und bin überzeugt, daß der nationalsozialistische Staat hier auf diesem traurigen Gebiete grundlegenden Wandel schaffen wird.

Er verkehrt gegen die heilige Treupflicht gegenüber dem Führer. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Geiste und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Es geht nicht an, daß sich derjenige, der sich einst um Volk und Staat Verdienste erworben hat, jetzt unter Berufung auf diese Verdienste als über den Gesetzen stehend betrachten könnte. Wohin es führt, wenn wir dieses Gesetz verpassen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mußten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entsetzliche Tat des Führers war auch deshalb erforderlich, um eine Zerstörung der Rechtssicherheit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Das Aufatmen des ganzen Volkes, seine Zustimmung, seine dem Führer bezugte glühende Begeisterung in jenen Tagen, sprechen ein herabes Zeugnis für das Rechtsempfinden des Volkes, als alle anderen Dinge je vermocht hätten. Darum bitte ich auch hier noch einmal die Herren Richter und Staatsanwälte, gerade die heutige Lage mit einem besonderen Takt zu behandeln. In vielen unserer Kämpfer gegen das vergangene System dümmert noch das Gefühl, daß ihnen Unrecht widerfährt von dem damaligen Staat, durch den Mund der damaligen Richter, die auch heute noch im Amt sind. Meine Herren, Sie müssen sich nur einmal in die Seele dieser kleinen Kämpfer hineinversetzen.

Sie müssen auf der einen Seite das unerbittliche Recht sprechen lassen, auf der anderen Seite darf die Ihnen durch unsere Autorität gegebene Maßstellung nicht mißbraucht werden, um wie es vorgekommen ist, die schwachen Härten des Gesetzes Insonderheit gegen Nationalsozialisten sprechen zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Viele Arbeit von uns im Aufbau des Staates wird zerstört, wenn der einzelne fühlt: die Strafe gegen dich fällt nach dem härtesten Strafmaß aus, nicht um der Tat willen, die du getan hast, sondern weil du Nationalsozialist bist; man will nicht dich, man will die Weltung treffen. Wenn ich das Empfinden haben muß, daß das mit Absicht geschieht, dann sage ich weiter: das grenzt auch an Verrat. Wenn erst in das Empfinden des Volksgenossen das Gefühl kommt, daß seine Führer ihn verlassen und verraten haben, daß er wie in früheren Zeiten unter einem Verräter und Groener deshalb erneut und erschwert verurteilt wird, weil

